

Abstract:**Europa zwischen Liberalisierung und Rekommunalisierung**

Track #10

Autorinnen:

Mag.^a Susanne Halmer, BA, MMag.^a Barbara Hauenschild

Margaret Thatcher läutete in den 1980er Jahren das neoliberale Zeitalter in Europa ein. Kein anderes europäisches Land hat so konsequent öffentliches Eigentum privatisiert hat wie Großbritannien. Dieses ideologische Konzept des schlanken Staates wurde von der Europäischen Union übernommen und vorangetrieben. Zahlreiche Richtlinien wurden beschlossen, die den Binnenmarkt durch die Liberalisierung von bislang öffentlichen Dienstleistungsbereichen stärken sollten. Kaum ein Bereich blieb verschont.

Obwohl es bereits zahlreiche negative Erfahrungen mit Privatisierungen gibt, ist eine Abkehr von diesem Kurs bis heute nicht feststellbar. Im Gegenteil gab und gibt es immer wieder neue Vorstöße. Einer davon war die Konzessionsrichtlinie, die auch elementare Bereiche wie den Wassersektor umfassen sollte. Erst massiver Protest führte dazu, dass er vorübergehend ausgenommen wurde. Die Übergangsfrist läuft jedoch 2020 aus. Derzeit immer noch verhandelt wird das Vierte Eisenbahnpaket, das zu Jahresbeginn 2013 präsentiert wurde, obwohl sich das dritte Eisenbahnpaket noch bis 2015 in der Beobachtungsphase befindet. Das Ziel des Pakets ist die vollständige Liberalisierung des Bahnverkehrs.

Die Europäische Union hält auch Staaten mit hohen Schulden dazu an, ihr öffentliches Eigentum zu privatisieren. Auf Länder wie Griechenland und Portugal, die auf Hilfgelder der EU angewiesen sind, übt die Troika massiven Druck aus. In Griechenland wurden die zwei größten Wasserversorger, gegen den Widerstand der Bevölkerung, teilprivatisiert. Gestoppt wurde mittlerweile die weitere Privatisierung des Athener Wasserversorgers sowie des Hafens von Piräus und von Energieversorgern. In Portugal wurden zuletzt die Post, der Stromriese EDP, der Energieversorger REN und die staatliche Fluggesellschaft (teil)privatisiert. Gegen die Privatisierung der Wasserbetriebe Aguas de Portugal regt sich Widerstand aus der Bevölkerung. Denn die bisherigen Wasserprivatisierungen in Portugal haben zu massiven Preiserhöhungen geführt.

Entgegen den Versprechungen, wonach Wettbewerb und privates Management zu günstigeren Preisen für die VerbraucherInnen führen sollen, stiegen die Preise nach Liberalisierungen und Privatisierungen von Dienstleistungen in der EU meist an. Zugleich sank die Qualität, weil Investitionen in die Erhaltung der Infrastruktur verabsäumt wurden. In Extremfällen wie der Eisenbahn in Großbritannien führte das sogar zu zahlreiche Toten und Verletzten. Die Verlierer dieses Vorgehens sind die KundInnen und die Beschäftigten der Dienstleistungsunternehmen. Und auch die Kommunen. Diese konnten durch Privatisierungen zwar kurzfristig Budgetlöcher stopfen, mussten aber dauerhaft auf

Einnahmen auch aus lukrativen Sektoren verzichten. Die Gewinner sind ganz klar die neuen Eigentümer der nun auf Gewinn orientierten Unternehmen.

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts hat ein Umdenken eingesetzt. Kommunen wie Bevölkerung wollen die negativen Folgen nicht länger akzeptieren. Der neue Trend heißt Rekommunalisierung. Kommunen übernehmen wieder ehemals privatisierte Aufgaben. So hat etwa Paris im Jahr 2010 die Wasserversorgung rekommunalisiert. Aufgrund des massiven Preisanstieges von 1985 bis 2009 um 265 Prozent (!) wurde der Konzessionsvertrag mit den privaten Wasserriesen *Suez* und *Veolia* nicht mehr verlängert. In Großbritannien wurde nach einer Reihe von Zugunfällen wegen schlecht gewarteter Strecken, die 42 Menschenleben und 700 Verletzte forderten, die britische Bahn wieder in öffentliche Hand genommen. In London wurde die U-Bahn wieder rekommunalisiert. In der deutschen Stadt Bergkamen löste die erfolgreiche Rückübertragung der Strom- und Erdgasversorgung schon 1995 einen wahren Rekommunalisierungsboom aus, der mittlerweile viele Dienstleistungsbereiche auch großer Städte in ganz Deutschland erfasst hat.

Die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) hat in einer mehr als 200 Seiten umfassenden Studie über 40 Beispiele erfolgreicher Rekommunalisierungen aus ganz Europa dokumentiert. Die Arbeit „Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU“ ist die bislang einzige derartige Dokumentation im deutschsprachigen Raum. Sie ist mittlerweile auch in einer englischsprachigen Übersetzung erschienen. Sie beschreibt die Entwicklung der Daseinsvorsorge in der EU, die Erfahrungen mit Privatisierungen, die theoretische Diskussion zur Rekommunalisierung und schließlich die praktischen Beispiele vor allem aus den Bereichen Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung und Personennahverkehr.